



KRIMINOLOGISCHES
FORSCHUNGSINSTITUT
NIEDERSACHSEN E.V.

Zentrale Befunde des dritten Forschungsberichts des Projekts „Gewalt gegen Polizeibeamte“ und Folgen für die Prävention

Karoline Ellrich, Dirk Baier, Christian Pfeiffer

2011

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN)
Lützerodestraße 9, 30161 Hannover
Tel. (05 11) 3 48 36-0, Fax (05 11) 3 48 36-10
E-Mail: kfn@kfn.uni-hannover.de

Zusammenfassung und Folgerungen für die Prävention

1. Zusammenfassung

Inhalte dieses dritten Forschungsberichts zur Befragung von Polizeibeamten aus zehn Bundesländern sind jene Themen, die in den ersten beiden Forschungsberichten (Ellrich et al., 2010; Ellrich et al., 2010a) nicht oder nur teilweise berücksichtigt worden sind. Hierzu gehören die Zusammensetzung des Einsatzteams und andere beamtenbezogene Informationen, Merkmale der Situation sowie die Folgen, die die Gewaltübergriffe für die Beamten hatten. Die drei Berichte zusammen decken damit alle Inhalte des Fragebogens ab. Im Gegensatz insbesondere zum zweiten Bericht werden an dieser Stelle auch Themenkomplexe vorgestellt, zu denen alle 20.938 Polizeibeamten geantwortet haben. Dabei handelt es sich um die Themen „Einsätze bei häuslicher Gewalt“ und „Fortbildungen seit 2005“, die in Form zweier Exkurse abgehandelt werden. Die Mehrzahl der Auswertungen bezieht sich dennoch auf Beamte, die im Zeitraum 2005 bis 2009 Opfer eines Gewaltübergriffs geworden sind, der zu einer Dienstunfähigkeit von mindestens einem Tag geführt hat. Dies trifft auf 2.603 Beamte zu, wobei für einzelne Auswertungen meist Antworten von weniger Polizeibeamten zur Verfügung stehen. Die Befragung jener Beamten über die Umstände ihres schwersten (im Sinne der Dauer der Dienstunfähigkeit) bzw. am kürzesten zurückliegenden Übergriffs erlaubt eine detaillierte Beschreibung des Vorfalls. Der Nachteil ist, dass es mit den Daten nicht möglich ist, allgemeine Risikoabschätzungen vorzunehmen. Wir können insofern nicht sagen, ob bspw. Festnahmesituationen, in deren Rahmen der größte Anteil aller berichteten Übergriffe mit nachfolgender Dienstunfähigkeit erfolgten, am gefährlichsten sind, oder ob die beobachtete Verteilung Ergebnis davon ist, dass Beamte besonders häufig dieser Aktivität nachgehen. Wir können gleichfalls nicht sagen, ob das Risiko eines Übergriffs reduziert wird, wenn Schutzkleidung getragen wird, wenn Führungs- und Einsatzmittel benutzt werden, wenn vor dem Einsatz Informationen zu den Personen und der Örtlichkeit vorliegen usw. Nur mittels des Exkurses zu Einsätzen bei häuslicher Gewalt sind allgemeine Informationen zum Risiko eines Gewaltübergriffs vorhanden. Die besondere Struktur der Daten sollte bei der Interpretation der Befunde sowie bei der Ableitung von Präventionsvorschlägen stets beachtet werden.

Mit der vorliegenden Befragung ist es in zweierlei Hinsicht möglich, Aussagen zu Entwicklungstrends zu treffen. Erstens sollten die Beamten der Befragung 2010 alle Übergriffe mit nachfolgender Dienstzugehörigkeit berichten, die ihnen zwischen 2005 und

2009 zugestoßen sind. Damit können Entwicklungen innerhalb eines Fünf-Jahres-Zeitraums abgebildet werden. Zweitens steht für einige Themenkomplexe eine frühere Befragung zum Thema Gewalt gegen Polizeibeamte aus dem Jahr 2000 (Ohlemacher et al., 2003) zum Vergleich zur Verfügung. Beide Datenquellen haben jeweils einen Nachteil: Die Befragung des Jahres 2000 bezog sich z.T. auf andere Gewalterfahrungen und andere Bundesländer. Für den Vergleich können nur kompatible Substichproben herangezogen werden, wobei sich die Fallzahlen deutlich reduzieren (2000: 290 Befragte, 2010: 1.022 Befragte). Der Vergleich der Jahre 2005 bis 2009 hat das Problem, dass Befragte, die in diesem Zeitraum mehrere Übergriffe erlebt haben, immer nur einen (den schwersten bzw. am kürzesten zurückliegenden) Übergriff ausführlich berichtet haben. Der Anspruch einer repräsentativen Erfassung der Übergriffe in diesen Jahren kann damit nicht aufrechterhalten werden. *Insofern sollten insbesondere jene Befunde, die bei beiden Trendauswertungen vergleichbar sind, als verlässlich eingestuft werden.* Folgende Ergebnisse lassen sich zu den Trends bzw. zu den anderen, in diesem Bericht vorgestellten Themen festhalten:

1. Weibliche Beamte stellen mittlerweile einen nicht geringen Anteil aller Polizeibeamten. Es gibt keine Hinweise darauf, dass sich dies problematisch auf die Arbeit der Polizei auswirkt; im Gegenteil: Für die Situation der häuslichen Gewalt gilt, dass eine Frau im Einsatzteam das Übergriffsrisiko reduziert.

Im ersten Forschungsbericht wurde bereits gezeigt, dass 18,6 % der Polizeibeamten der zehn an der Befragung teilnehmenden Bundesländer weiblich sind (Ellrich et al., 2010, S. 14). Dass Beamtinnen im Polizeiberuf keine Ausnahme mehr darstellen, wird auch in den hier präsentierten Auswertungen zur Zusammensetzung des Einsatzteams belegt. In 45,3 % aller Einsätze, in denen Übergriffe mit nachfolgender Dienstunfähigkeit erfolgt sind, waren weibliche Beamte anwesend. Dieser Anteil hat sich über die Jahre hinweg erhöht. Besonders häufig sind weibliche Beamte bei Familienstreitigkeiten anwesend (52,9 %), deutlich seltener bei Übergriffen, die sich im Verkehrsbereich ereignet haben (37,5 %).

Befürchtungen, dass diese Entwicklung die Effektivität der Polizeiarbeit beeinträchtigt, kann mit einem Befund entgegengetreten werden: Für Einsätze bei häuslicher Gewalt findet sich, dass in jenen Fällen, in denen Zweier-Teams mit mindestens einer Frau vor Ort waren, insgesamt fast ein Fünftel weniger Beamte verletzt werden als in Fällen von rein männlichen Zweier-Teams. Dabei ist es nicht der Fall, dass vor allem die männlichen Beamten in

gemischtgeschlechtlichen Zweier-Teams häufiger verletzt würden: Weibliche und männliche Beamte werden in solchen Fällen nahezu gleich häufig Opfer gewalttätiger Übergriffe. Aus der Perspektive eines männlichen Polizeibeamten betrachtet heißt dies: Wenn bei einer familiären Streitigkeit im Zweier-Team zusammen mit einem männlichen Kollegen eingegriffen wird, dann beträgt das Verletzungsrisiko 4,5 %, wenn dies mit einer weiblichen Kollegin geschieht, nur 3,6 %. Es ergeben sich zudem keine Hinweise darauf, dass weibliche Beamte bei Einsätzen in Migrantenfamilien bspw. aufgrund eines geringeren Respekts den Beamtinnen gegenüber häufiger Opfer werden.

Der Vergleich weiblicher und männlicher Beamter verweist auch auf andere Unterschiede: Im ersten Forschungsbericht konnte bereits gezeigt werden, dass weibliche Polizeibeamte ein um ein Drittel niedrigeres Risiko haben, Gewaltübergriffe mit nachfolgender Dienstunfähigkeit zu erleben als männliche Beamte (Ellrich et al., 2010, S. 19ff). Darüber hinaus konnte in diesem Bericht festgestellt werden, dass weibliche Beamte, die Opfer eines Gewaltübergriffs mit nachfolgender Dienstunfähigkeit geworden sind, seltener körperliche Zwangsmaßnahmen (78,9 zu 84,9 %) oder Schlagstöcke (15,7 zu 27,0 %) einsetzen. Die Dauer der Dienstunfähigkeit unterscheidet sich trotzdem nicht von der Dauer der Dienstunfähigkeit männlicher Gewaltopfer. Weibliche Beamte haben zudem signifikant seltener mit einer Strafanzeige (6,9 zu 11,9 %) oder einem Ermittlungsverfahren (5,6 zu 10,3 %) zu rechnen. Von psychischen Beschwerden nach einem erfolgten Übergriff berichten sie hingegen nicht signifikant häufiger als männliche Beamte.

Grundsätzlich kann derzeit nicht beurteilt werden, ob diese Befunde, die einerseits vor allem anhand der besonderen Einsatzsituation der häuslichen Gewalt und andererseits anhand der besonderen Gruppe der von Gewaltübergriffen mit nachfolgender Dienstunfähigkeit betroffenen Beamten erzielt worden sind, auf die gesamte Polizeiarbeit generalisiert werden können. Die zentrale Folgerung sollte daher sein, dass es Anlass gibt, den Einsatz von Frauen in der Polizei positiv zu bewerten. Zu wünschen wäre, dass weitere Untersuchungen zu diesem Thema durchgeführt werden.

2. Bei Einsätzen wegen Familienstreitigkeiten bzw. häuslicher Gewalt handelt es sich um einen besonders schwierigen Einsatztypus.

Im zweiten Forschungsbericht wurde auf die Besonderheiten der Einsätze bei Demonstrationen verwiesen (Ellrich et al., 2010a, S. 74f). Mit den hier präsentierten

Auswertungen lassen sich die Besonderheiten der Einsätze bei Familienstreitigkeiten bzw. bei häuslicher Gewalt beleuchten. Innerhalb dieses Bereichs haben die Einsätze, in denen es zu Übergriffen mit nachfolgender Dienstunfähigkeit gekommen ist, in den letzten Jahren zugenommen, wie sowohl der Vergleich der Jahre 2005 bis 2009 als auch der Vergleich zur Befragung des Jahres 2000 deutlich gemacht hat (Ellrich et al., 2010, S. 28ff bzw. 33ff). Zusätzlich wurden in diesem Bericht folgende Befunde zu diesem Einsatztypus erarbeitet:

- Wenn Zweier-Teams in solche Einsätze gehen, kommt es am häufigsten zur Verletzung beider Beamten. Zumindest in ländlichen Regionen bilden Zweier-Teams noch die reguläre Einsatzstärke bei diesem Einsatztyp ab. In Großstädten werden hingegen bereits bei fast drei Viertel aller Fälle mehr als zwei Beamte zu solchen Einsätzen geschickt.
- Zu einer Eskalation (beide Beamten verletzt) kommt es im Rahmen dieser Einsätze trotz der Tatsache, dass sich die Beamten, die einen Übergriff mit nachfolgender Dienstunfähigkeit erlebt haben, laut eigener Aussage mental häufiger als bei anderen Einsätzen auf das Geschehen vorbereitet haben und besonders häufig mit dem späteren Täter kommuniziert haben. Auch waren die Beamten häufiger darauf gefasst, dass es am Einsatzort gefährlich werden könnte. All dies konnte aber letztlich nicht verhindern, dass es zum Übergriff kam.
- Möglicherweise ist dies u.a. darauf zurückzuführen, dass die Täter sehr häufig unter Alkoholeinfluss stehen. Alkoholisierte Personen erhöhen das Risiko eines Übergriffs (s.u.).
- Familienstreitigkeiten, die zu Verletzungen mit nachfolgender Dienstunfähigkeit geführt haben, ereignen sich häufiger als andere Einsätze in als eher bürgerlich eingestuften Stadtgebieten. Alltagsannahmen, nach denen möglicherweise auch Beamte gefährliche von ungefährlichen Einsätzen unterscheiden und dabei auf die Struktur von Stadtgebieten zurückgreifen, treffen bei Familienstreitigkeiten also häufig nicht zu.
- Über die Hälfte der Übergriffe fand während eines Schlichtungsversuchs statt. Nur bei nicht-familiären Streitigkeiten liegt der Anteil vergleichbar hoch. Dies bedeutet, dass die Beamten während einer Aktivität vom Angriff überrascht werden, die gerade der Deeskalation dient.
- Übergriffe, die sich im Rahmen von Familienstreitigkeiten zugetragen haben, werden am seltensten nachbereitet. Es gibt insofern wenige Gelegenheiten, die

Besonderheiten der Einsätze zu diskutieren und für zukünftige Einsätze Lehren aus dem Erlebten zu ziehen.

3. Gewaltübergriffe haben zwar nur selten sehr schwere Konsequenzen, sind aber dann für die Betroffenen sehr belastend.

Bereits im ersten Forschungsbericht wurde darauf hingewiesen, dass insgesamt nur etwa jeder 100. Beamte bei den Übergriffen so stark verletzt wurde, dass er mehr als zwei Monate dienstunfähig war (0,9 %; Ellrich et al., 2010, S. 17). Weitere Indikatoren bestätigen, dass sehr schwere Verletzungen die Ausnahme sind, gleichwohl aber vorkommen und individuell sehr belastend sein können. Von allen angegriffenen Beamten mussten 9,9 % stationär behandelt werden; 3,2 % der Beamten sind dauerhaft außerdienstunfähig geworden, bei 4,4 % kam es aufgrund des Übergriffs zu einer anderen Verwendung. Nicht ermitteln lässt sich der Anteil an Beamten, die allgemein dienstunfähig geworden sind, weil diese durch die Befragung nicht erreicht wurden. Dass Übergriffe mit schweren Folgen individuell belastend sind, belegen die Auswertungen zu psychischen Beschwerden, die mit der Dauer der Dienstunfähigkeit zunehmen. Befragte mit mehr als zweimonatiger Dienstunfähigkeit litten hatten länger als vier Wochen nach dem Übergriff noch zu 39,5 % Probleme mit dem Schlafen bzw. zu 26,0 % Schwierigkeiten mit sozialen Kontakten. Bei 18,4 % gibt es zudem im Zeitraum von vier Wochen nach dem Gewaltangriff einen Verdacht auf das Vorliegen einer Posttraumatischen Belastungsstörung.

4. Gewaltübergriffe beeinflussen auch die Wahrnehmungen und Einstellungen von Beamten.

Bislang meist nur in Bezug auf die Allgemeinbevölkerung nachgewiesen wurde, dass Opfererfahrungen nicht nur die physische und psychische Gesundheit beeinträchtigen, sondern ebenso Einfluss auf bestimmte Wahrnehmungen und Einstellungen haben. Dies kann auch für die Gruppe der Polizeibeamten bestätigt werden. Beamte, die einen Übergriff mit nachfolgender Dienstunfähigkeit erlebt haben, weisen eine höhere Furcht vor einer zukünftigen Viktimisierung auf als Beamte ohne Gewalterfahrungen. Die Unterschiede sind dabei recht groß: Nichtopfer erachten es zu 4,1 % als eher oder sehr wahrscheinlich, in den nächsten zwölf Monaten einen Übergriff mit nachfolgender Dienstunfähigkeit zu erleben, Beamte, die mindestens einen Gewaltübergriff erlebt haben, der zu mindestens siebentägiger

Dienstunfähigkeit führte, zu 30,7 %. Daneben sind die Gewaltopfer strahärter eingestellt, was möglicherweise zur Folge hat, dass sie in direkten Interaktionen mit Ruhestörern, Straftäter usw. rigider auftreten und damit auch zur Eskalation einer Situation beitragen können. Nicht zu vernachlässigen ist, dass das professionelle Selbstbild der Beamten leidet: Gewaltopfer stimmen deutlich häufiger der Aussage zu, dass Polizisten Prügelknaben einer verfehlten Politik (73,3 zu 89,5 %) und Müllmänner einer kranken Gesellschaft (57,1 zu 78,3 %) seien. Eine Distanzierung vom Arbeitsalltag, an dessen Ende berufsbezogene Burnout-Erscheinungen stehen, könnte eine mögliche Folge sein. Diese Veränderungen von Wahrnehmungen und Einstellungen sind daher sehr ernst zu nehmen.

5. Sowohl für das Mitführen verschiedener Führungs- und Einsatzmittel als auch für die Ausstattung mit verschiedener Schutzkleidung ergeben sich ansteigende Entwicklungstrends.

Beamte, die Opfer von Gewaltübergriffen geworden sind, trugen zum Zeitpunkt des Übergriffs fast vollständig ihre Dienstwaffe (95,5 %) oder ein Reizstoffsprühgerät (90,2 %) bei sich. Über einen Schlagstock verfügten 62,4 % der Beamten. Der Einsatz all dieser Mittel erfolgt aber selten: Nur wenig mehr als ein Viertel der Beamten setzten das Reizstoffsprühgerät oder den Schlagstock ein, 1,5 % die Dienstwaffe. Der übliche Weg, den Konflikt vor Ort in den Griff zu bekommen, ist der Einsatz körperlicher Zwangsmaßnahmen. Der Anteil an Beamten, die Reizstoffsprühgeräte und Schlagstöcke mitführen, ist über die Jahre hinweg angestiegen, was einerseits für eine bessere Ausstattung spricht. Andererseits könnte es auch ein Indiz dafür sein, dass sich die Beamten in wachsendem Maße der Gefahr eines Übergriffs bewusst sind. Für den Einsatz der Führungs- und Einsatzmittel ergeben sich allerdings keine klaren Trends: Schlagstock, Dienstwaffe und körperliche Zwangsmaßnahmen werden im Vergleich der fünf Jahre gleichhäufig oder seltener eingesetzt, nur das Reizstoffsprühgerät tendenziell häufiger. Ob der Einsatz dieser verschiedenen Mittel einen Übergriff verhindern kann, lässt sich mit den Daten nicht beantworten, da nur Opfer von Gewaltübergriffen befragt wurden. Für das Maß der Dienstunfähigkeit finden sich aber keine signifikanten Zusammenhänge mit dem Einsatz. Dies lässt sich möglicherweise damit erklären, dass Beamte diese Mittel nicht proaktiv einsetzen, sondern erst zur Selbstverteidigung.

Mit Blick auf verschiedene Schutzausstattungen zeigt sich, dass über die Hälfte der Beamten Schutzwesten getragen haben (53,5 %), etwas weniger Beamte trugen Handschuhe (47,5 %). Eine Körperschutzausstattung oder Teile davon wurden fast ausschließlich im Rahmen von geschlossenen Einsätzen wie Demonstrationen getragen (11,9 %). Für alle drei Ausstattungen ergeben sich ansteigende Trends: Der Anteil an Beamten, die eine Schutzweste tragen, ist bspw. zwischen 2005 und 2009 von 45,4 auf 59,3 % gestiegen. Dieser Trend bestätigt sich auch im Vergleich der Befragungen der Jahre 2000 und 2010. Die Zunahme könnte erstens bedeuten, dass die Ausstattung in den Dienststellen besser geworden ist oder aber zweitens, dass sich die Beamten den Gefahren des Polizeialltags zunehmend bewusst werden und infolge dessen vermehrt auf Schutzausstattungen zurückgreifen. Empirisch bestätigt sich vor allem die erste Annahme: Die Beamten, die 2009 viktimisiert worden sind, bejahten häufiger, dass von Seiten der Dienststelle ausreichende Bekleidung bzw. Schutzausstattung zur Verfügung stand als Beamte, die im Jahr 2005 viktimisiert worden sind.

Der Nutzen der Schutzausstattungen kann mit den vorliegenden Daten nur unzureichend geprüft werden, da alle Befragten letztlich einen Übergriff mit Verletzung erlebt haben. Dennoch zeigt sich bspw., dass Beamte, die Handschuhe getragen haben, seltener an den Händen verletzt worden sind. Es gibt insofern Hinweise darauf, dass die Schutzausstattungen tatsächlich einen schützenden Effekt für die Körperbereiche haben, für deren Schutz sie konzipiert wurden. Dies spiegelt sich auch in den subjektiven Urteilen der Beamten wider: Befragte, die Schutzausstattungen getragen haben, sind häufiger der Ansicht, dass dadurch schwerere Verletzungen verhindert worden sind als Befragte, die keine Schutzausstattungen getragen haben. Ein in besonderem Maße schützender Effekt wird dabei der Körperschutzausstattung zugeschrieben.

6. Der Alkoholkonsum spielt eine entscheidende Rolle für Angriffe auf Polizeibeamte.

Bereits im zweiten Forschungsbericht wurde an verschiedenen Stellen auf den Einfluss des Alkoholkonsums eingegangen (Ellrich et al., 2010a, S. 70ff). Zwei Befunde waren zentral: Erstens hat der Anteil an Übergriffen, die zu Dienstunfähigkeit auf Seiten der Polizeibeamten geführt haben und die unter Alkoholeinfluss verübt worden sind, seit 2005 zugenommen – in der Polizeilichen Kriminalstatistik wie in unserer Befragung. Zweitens fällt die Dienstunfähigkeitsdauer etwas kürzer aus, wenn unter Alkoholeinfluss stehende Täter einen Angriff ausüben. Dies kann damit zusammenhängen, dass die Beamten in solchen Einsätzen

möglicherweise vorsichtiger vorgehen. Es kann aber auch die Folge einer durch den Alkoholkonsum teilweise geminderten Angriffskraft des Täters sein.

Anhand von zwei Auswertungen in diesem Bericht kann belegt werden, dass der Alkoholkonsum eine das Risiko eines Übergriffs erhöhende Wirkung hat: So kommt es bei alkoholisierten Tätern häufiger dazu, dass neben dem befragten Beamten auch noch mindestens ein weiterer Kollege verletzt wurde. Und für Einsätze bei häuslicher Gewalt gilt, dass alkoholisierte Täter mit einer deutlich höheren Verletzungsquote der Beamten einhergehen als nicht-alkoholisierte Täter: Während in Einsätzen ohne alkoholisierten Täter in 2,4 % der Fälle mindestens ein Beamter verletzt wurde, steigt der Anteil bei Einsätzen mit alkoholisierten Täter auf 9,8 % an. Insofern kann als belegt gelten, dass Einsätze mit alkoholisierten Tätern für Beamte generell gefährlicher sind.

Die zunehmend wichtigere Rolle alkoholisierter Täter wird noch anhand weiterer Auswertungen verdeutlicht. Als problematisch ist demnach einzustufen, dass sich Übergriffe auf Polizeibeamte aktuell häufiger als noch vor fünf Jahren in Kneipenvierteln zutragen. Zwar trifft dies nur auf einen kleinen Teil der Übergriffe zu, dieser hat sich aber seit 2005 verdoppelt (von 3,2 auf 6,4 %). Bei solchen Angriffen in Kneipenvierteln sind 91,2 % der Täter alkoholisiert. Zudem kann mit den Daten eine Verlagerung der Übergriffe auf die Wochenenden sichtbar gemacht werden, wobei sich diese Entwicklung vor allem im Vergleich zur Befragung aus dem Jahr 2000 zeigt. Gerade an Wochenenden steigt zugleich der Alkoholkonsum, weil häufiger entsprechende Örtlichkeiten aufgesucht werden bzw. im Rahmen bestimmter Freizeitaktivitäten Alkohol konsumiert wird.

7. Die Dienstunfähigkeitsdauer wird nur durch wenige beamten- bzw. situationsbezogene Faktoren beeinflusst.

Es wurde bereits angesprochen, dass es die Befragung nicht erlaubt, Faktoren zu identifizieren, die die Gewaltübergriffe auf Polizeibeamte erklären können. Es können nur Faktoren identifiziert werden, die helfen, leichtere von schwereren Übergriffen zu unterscheiden, wobei ein entscheidendes Kriterium die Dauer der Dienstunfähigkeit ist. Nur wenige Faktoren stehen aber mit der Dauer der Dienstunfähigkeit in Beziehung:

- Mit Autos, Motorrädern usw. verübte Angriffe führen zu längerer Dienstunfähigkeit. Nur 3,0 % aller Übergriffe werden aber mit Vehikeln verübt; demgegenüber stellen Angriffe durch körperliche Gewalt die Regel dar (84,0 %).
- Wenn es vor dem Übergriff zu einer Kommunikation mit dem Täter gekommen ist, dann resultiert aus dem Übergriff seltener eine längere Dienstunfähigkeit. In drei Viertel aller Fälle (75,4 %) erfolgte vorher eine Kommunikation mit dem Täter; nur bei Demonstrationen ist dies eher die Ausnahme (28,0 %).
- Informationen zu den Personen am Einsatzort (Alkoholisierung, kriminelle Vorgeschichte usw.) gehen seltener mit einer längeren Dienstunfähigkeitsdauer einher. Bislang ist die Verfügbarkeit solcher Informationen aber noch die Ausnahme, nicht die Regel: Nur in 12,4 % der Einsätze standen den Beamten einige bzw. umfassende personenbezogene Informationen zur Verfügung.

Die Liste an Faktoren, die nicht mit der Dauer der Dienstunfähigkeit in Zusammenhang stehen, ist deutlich länger. Eine mentale Vorbereitung auf den Einsatz, die Einstufung des kommenden Einsatzes als gefährlich, die Lichtverhältnisse am Einsatzort, die Einsehbarkeit des Einsatzortes, die Vorkenntnisse zum Einsatzort, die Verfügbarkeit weiterer situativer Informationen bzw. von Informationen zum Konfliktpotenzial vor Ort senken oder erhöhen die Dauer der Dienstunfähigkeit nicht. Zugleich ergeben die Auswertungen zu diesen Faktoren z.T. wichtige Befunde: So stuften die Beamten, die Opfer eines Übergriffs geworden sind, nur zu 39,8 % die Situation vorher als gefährlich ein. Für die Mehrheit der Beamten erfolgt der Übergriff damit überraschend. Ob es nicht möglicherweise doch Hinweise auf eine Eskalation gegeben hat, die von den Beamten nicht erkannt wurden, kann an dieser Stelle nicht untersucht werden. In vier von fünf Fällen galt der Einsatzort zudem nicht als gefährlich für die Polizei; auch dies unterstreicht, dass die Beamten überrascht wurden, da nicht bekannt war, dass sich im Einsatzgebiet Übergriffe auf Beamte ereignen können. Nur in der Hälfte der Fälle lagen vor dem polizeilichen Eingreifen einige bzw. umfassende Informationen zur Situation vor. Die Beamten konnten sich damit häufig nicht auf die Anzahl an Beteiligten, die Art des Vorfalls oder die örtlichen Gegebenheiten einstellen.

8. Polizeibeamte, die ihrer Arbeit in Großstädten ab 500.000 Einwohnern nachgehen, berichten von einem schwierigeren Arbeitsalltag.

Wenn Polizeibeamte in Großstädten Opfer von Gewaltübergriffen mit Dienstunfähigkeit geworden sind, dann betrug der Anteil an mindestens siebentägig dienstunfähigen Beamten

47,5 %; bei Beamten aus ländlichen Gebieten liegt dieser Anteil bei 36,0 %. Anhand der Einsätze bei häuslicher Gewalt konnte gezeigt werden, dass es in Großstädten bei entsprechenden Einsätzen in 11,0 % der Fälle zu Gewaltübergriffen kommt, in ländlichen Gebieten in 7,6 % der Fälle. Aufgrund dieser höheren Gefährdung werden in Großstädten deutlich häufiger größere Einsatzteams (über zwei Beamte) zu solchen Einsätzen geschickt bzw. es kommt dann häufiger zur Anforderung von Verstärkung. Es ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass nur drei Großstädte in die Befragung einbezogen worden sind: Berlin, Hannover und Bremen. Ob sich der Einsatzalltag in anderen Großstädten ähnlich gestaltet, kann nicht gesagt werden.

Die Beamten aus Großstädten äußern auch häufiger Kritik an der Ausstattung und Fortbildung. Sie beklagen häufiger das Fehlen von Schutzausstattung und Bekleidung. Sie stufen den Leitfaden zur Eigensicherung als weniger praxistauglich ein und sie fühlten sich hinsichtlich verschiedener Aspekte auf den Übergriff schlechter vorbereitet.

9. Bislang ist die Nachbereitung eines Einsatzes, der zur Verletzung eines Beamten mit nachfolgender Dienstunfähigkeit geführt hat, noch nicht die Regel. Zudem wenden sich die Betroffenen nur in Ausnahmefällen an Kriseninterventionsdienste oder Therapeuten.

55,6 % der Beamten, die einen Übergriff mit Dienstunfähigkeit erlebt haben, bejahten, dass es eine Einsatznachbereitung gegeben hat, 44,4 % verneinten dies. Wenn es zu einer Einsatznachbereitung kommt, dann häufiger informell im Dienst als informell außerhalb des Dienstes. Dass Vorgesetzte eine solche Nachbereitung einleiten, kommt in jedem dritten Fall, in dem es eine Einsatznachbereitung gab, vor. Als besonders hilfreich werden die Nachbereitungen mit Kollegen außerhalb des Dienstes wahrgenommen, die ebenfalls nur in einem Drittel der Fälle stattgefunden haben. Drei von fünf Beamten, die keine Nachbereitung erlebt haben, hätten sich eine solche gewünscht, bestenfalls informell im Dienst oder auf Initiative des Vorgesetzten hin. Im Vergleich der Befragungen der Jahre 2000 und 2010 zeichnet sich ab, dass Nachbereitungen außerhalb des Dienstes deutlich seltener stattfinden. Vom Vorgesetzten eingeleitete oder informell während des Dienstes erfolgende Nachbereitungen nehmen anteilmäßig hingegen zu.

Die Hilfe des Kriseninterventionsdienstes nehmen nur 5,3 % der Beamten mit Übergriffserfahrungen in Anspruch, nur 3,9 % suchen einen Therapeuten oder Seelsorger auf.

Die Wahrscheinlichkeit, sich an eine entsprechende Stelle zu wenden, steigt dabei mit höherer Dienstunfähigkeitsdauer an. Danach gefragt, warum diese Stellen nicht in Anspruch genommen werden, berichtet die große Mehrheit der Befragten, dass es ihrer Ansicht nach keinen Bedarf gegeben hätte. Dass diese Stellen nicht bekannt sind oder dass es im Kollegenkreis unerwünscht ist, sich an sie zu wenden, gab nur ein kleiner Teil der Beamten an. Ein Ereignis, dass die Häufigkeit der Beratung durch den Kriseninterventionsdienst bzw. durch Therapeuten erhöht, ist der Schusswaffengebrauch.

10. Beamte, die Opfer von Gewaltübergriffen geworden sind, müssen nicht selten damit rechnen, dass ihnen mit dem Vorwurf eines eigenen Fehlverhaltens rechtliche Sanktionen angedroht werden, heute häufiger als früher. Durch diese Konsequenzen, insbesondere das Führen eines Disziplinarverfahrens, entstehen weitere psychische Belastungen.

12,6 % der Beamten mit Opfererfahrung gaben an, dass gegen sie eine Beschwerde geführt wurde, 12,0 % berichteten von einer Strafanzeige, die in vier Fünftel der Fälle auch zu einem Ermittlungsverfahren geführt hat. Dass tatsächlich Anklage erhoben wurde oder dass ein Disziplinarverfahren stattgefunden hat, ist hingegen die Ausnahme (1,3 bzw. 3,3 %), wobei anzumerken ist, dass keine der erfolgten Anklagen – zumindest bis zum Befragungszeitpunkt – letztlich zu einer Verurteilung des Beamten geführt hat. Ältere Beamte und Beamte aus dem Einsatz- und Streifendienst müssen häufiger mit rechtlichen Konsequenzen rechnen. Im Vergleich der Befragungen der Jahre 2000 und 2010 ergibt sich insbesondere für den Bereich der Beschwerden eine Zunahme.

Mit zunehmender Intensität der rechtlichen Konsequenz steigt der Anteil an Beamten, die einen Verdacht auf eine Posttraumatische Belastungsstörung aufweisen. Solch ein Verdacht ergibt sich zu 4,1 % bei Beamten ohne rechtliche Konsequenzen. Bei Beamten gegen die ein Ermittlungsverfahren geführt oder sogar Anklage erhoben wird, liegt dieser Anteil bereits bei 11,2 %. Wenn dann zusätzlich noch ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird, steigt er auf 19,6 %. Hierfür können verschiedene Erklärungen angeführt werden: Möglicherweise muss der Beamte tatsächlich begangene Verhaltensfehler verarbeiten, möglicherweise handelt es sich aber auch um falsche Anschuldigungen, mit denen der Beamte konfrontiert wird und die ihn belasten. In jedem Fall bedürfen die Beamten, die ein Disziplinarverfahren erleben, einer besonderen Unterstützung.

11. Die Beamten üben z.T. deutliche Kritik an ihrem Ausbildungsstand und dem Dienstherrn, aber kaum Kritik am eigenen Verhalten bzw. dem Verhalten der Kollegen.

Aufgrund der hohen Anzahl fehlender Angaben zu den kritischen Einschätzungen wurden im entsprechenden Abschnitt des Forschungsberichts im Unterschied zum bisherigen Vorgehen nicht einzelne Prozentwerte, sondern Spannbreiten an Prozentzahlen präsentiert. Wenn hier in der Zusammenfassung Prozentanteile genannt werden, dann beziehen sich diese auf alle 2.603 Befragte, d.h. auch auf jene Befragte mit fehlenden Angaben.

Die Kritik am Ausbildungsstand und am Dienstherrn schlägt sich darin nieder, dass mehr als die Hälfte der Beamten angab, dass in der konkreten Situation des Übergriffs die Richtlinien zur Eigensicherung nicht einzuhalten waren. Zugleich sind es mindestens 38,9 % der Beamten, die dem Leitfaden generell eine eher schlechte Praxistauglichkeit attestieren. Mindestens ein Viertel der Beamten sahen sich schlecht auf den Übergriff hinsichtlich der psychologischen Beurteilung, der körperlichen Abwehr und der Konflikthandhabung vorbereitet. Eine fehlende Schutzausstattung bemängelten hingegen nur 14,6 %. Es scheint also eher keine Engpässe hinsichtlich materieller Dinge (Ausstattung) als vielmehr Mängel bzgl. immaterieller Elemente (Kompetenzen und Strategien im Umgang mit Situationen und Personen) zu geben. Auffällig ist zudem, dass über die Hälfte der Beamten dem Dienstherrn eine schlechte Fürsorge bei der Bewältigung der Gewalttat und der Vorbereitung auf zukünftige Gewalttaten attestiert.

Die Kritik am Ausbildungsstand und am Dienstherrn ist im Zeitverlauf allerdings rückläufig, d.h. die Beamten der Befragung des Jahres 2000 äußerten sich meist kritischer als die Beamten des Jahres 2010. Die Vorbereitung auf Übergriffe im Dienst hat sich demnach sukzessive verbessert. Auffällig ist, dass nur der Anteil an Beamten steigt, die sich in der konkreten Situation nicht an die Richtlinien zur Eigensicherung halten konnten. Die Beamten sind also häufiger Situationen ausgesetzt, die durch die Richtlinien anscheinend nicht abgedeckt werden.

Dass ein Kollege beim Übergriff Verhaltensfehler begangen hat, berichteten nur 7,6 % der Befragten. Auf eigene Verhaltensfehler wies in etwa jeder siebente Befragte hin (15,1 %). Der wesentliche Kritikpunkt hier war, dass man selbst die Situation nicht als gefährlich genug

eingeschätzt hat. Eine schlechte körperliche oder psychische Verfassung oder ein konfliktförderndes Verhalten schreiben sich nur sehr wenige Beamte zu.

12. Zumindest an Schießtrainings und Trainings zum Thema Eigensicherung hat im Zeitraum 2005 bis 2009 die Mehrheit der Beamten teilgenommen. Gleichwohl existiert sowohl in Bezug auf diese Trainings als auch in Bezug auf zahlreiche andere Trainings ein starker Wunsch nach Fortbildungen. Mit den Daten kann allerdings nicht nachgewiesen werden, dass die Teilnahme an bestimmten Trainings und Fortbildungen das Risiko, Opfer eines Gewaltübergriffs zu werden, senkt.

Von allen Befragten gaben 94,6 % an, dass sie seit 2005 mindestens einmal an Schießtrainings teilgenommen haben, die große Mehrheit davon mindestens fünf Mal. An Trainings zur Eigensicherung haben 72,7 % der Beamten teilgenommen. Die Anteile an allen anderen Maßnahmen (u.a. Selbstverteidigung, Deeskalation) liegen z.T. deutlich niedriger. Von einer Teilnahme an Kommunikationstrainings mit spezifischen Personen (z.B. alkoholisierte Personen, psychisch auffällige Personen) berichten nur 9,6 % der Befragten. Der Wunsch nach Fortbildungen in allen Bereichen ist recht groß: Mindestens ein Drittel der Beamten gaben an, dass sie sich Fortbildungen in verschiedenen Bereichen wünschen würden. Am häufigsten wurde der Wunsch nach Schießtrainings genannt. Demgegenüber ist der Wunsch nach Fortbildungen im Umgang mit Jugendlichen, mit Migranten oder mit alkoholisierten Personen, d.h. mit Personengruppen, mit denen ein Beamter fast täglich zu tun hat, geringer ausgeprägt.

Es zeigt sich zudem, dass Beamte des Einsatz- und Streifendienstes seltener an verschiedenen Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen, d.h. jene Beamtengruppe, die am häufigsten der Gewalt im Dienst ausgesetzt ist. Recht deutliche Unterschiede ergeben sich u.a. bei den Selbstverteidigungstrainings, an denen 55,2 % der Streifenbeamten, aber 80,2 % der Beamten aus besonderen Einsatzeinheiten teilgenommen haben. Daneben berichten auch weibliche Beamte seltener von Teilnahmen an Fortbildungsveranstaltungen, insbesondere an Veranstaltungen zum Thema Deeskalation/ Konfliktschlichtung und zum Thema interkulturelle Kompetenz.

Nicht alle diese Trainings haben den Anspruch, das Risiko eines Gewaltübergriffs zu senken. Für die Trainings zur Deeskalation, zur Eigensicherung und zur Selbstverteidigung kann dies

aber angenommen werden. Ein Vergleich der Opferraten der Teilnehmer und der Nicht-Teilnehmer ergibt allerdings keinen Hinweis auf einen präventiven Effekt der Teilnahme. In einer Querschnittsbefragung wie der vorliegenden Studie lässt sich solch ein Effekt aber auch nur schwer nachweisen, zumal keine genauen Angaben zum Zeitpunkt der Teilnahme an der Fortbildungsmaßnahme erfragt worden sind und insofern auch eine Umkehrung der Kausalität möglich ist (Opfererfahrung führt zu Teilnahme). Weitere Untersuchungen zur Wirkung von Fortbildungen, insbesondere evaluativ angelegte Studien, erscheinen in diesem Bereich daher unbedingt geboten.

2. Folgerungen für die Prävention

Nicht nur die Ergebnisse dieses Berichts, auch die Befunde der ersten beiden Forschungsberichte erlauben es, Folgerungen für die Prävention von Gewalt gegen Polizeibeamte abzuleiten, auch wenn – wie bereits ausgeführt – meist keine Informationen zur Reduktion des Risikos eines Gewaltübergriffs, sondern nur zur Reduktion der Länge der Dienstunfähigkeit oder anderer psychischer Folgen vorliegen. *Konkrete Verhaltensanweisungen für Beamte differenziert für spezifische Einsatzsituationen oder klare Verbesserungshinweise für das taktische bzw. strategische Vorgehen der Polizei sind aus der Befragung insofern nicht abzuleiten. Stattdessen können allgemeine Folgerungen für die Prävention gezogen werden, die die Diskussion um die Prävention innerhalb und außerhalb der Polizei anstoßen können.*

Im Rahmen dieser Diskussion müssten dann konkretere Präventionsvorschläge erarbeitet werden. Hierfür wäre es empfehlenswert, wenn sich innerhalb der Polizei ein Gremium konstituiert, das sich mit der Vorbeugung von Gewalt gegen Polizeibeamte beschäftigt und entsprechende Vorschläge entwickelt. Diese könnten dann anhand einiger Modellregionen auf ihre Wirkung hin geprüft werden. Wenn sie sich bewähren, würde dies für ihre weitere Verbreitung sprechen. Dieses Gremium sollte von Beginn an länderübergreifend sein, da das Problem der Gewalt gegen Polizeibeamte ebenfalls länderübergreifend ist. In einer späteren Phase wäre zu überlegen, welche polizeiexternen Akteure Teil des Gremiums werden, um so auch die allgemein gesellschaftlichen Probleme, die sich in der Gewalt gegen Polizeibeamte niederschlagen, in den Fokus der Arbeit zu rücken.

Dieses zweigeteilte Vorgehen erscheint deshalb sinnvoll, weil es die Polizei zum Teil selbst in der Hand hat, Gewaltübergriffen vorzubeugen; diese Handlungsmöglichkeiten müssen

zukünftig noch besser genutzt werden. Zum anderen Teil werden zu Lasten der Polizeibeamten allgemein gesellschaftliche Konflikte und Probleme ausgetragen, die von der Polizei selbst nicht gelöst werden können. Entsprechend dieser Unterscheidung sollen anschließend Folgerungen diskutiert werden, die auf die Polizei bezogen sind bzw. die auf die Gesellschaft abzielen. Bezüglich der polizeibezogenen Folgerungen soll zusätzlich zwischen Folgerungen unterschieden werden, die sich auf die einzelnen Beamten beziehen und Folgerungen, die sich auf die Ebene des Dienstherrn bzw. Vorgesetzten beziehen.

Folgerungen für die einzelnen Polizeibeamten

Das Risiko eines Gewaltübergriffs steht mit personenbezogenen Eigenschaften in Zusammenhang. Dieses Risikos sollte sich im Rahmen der Aus- und Fortbildung bewusst gemacht werden.

Männliche Polizeibeamte erleben häufiger Gewaltübergriffe als weibliche Beamte, jüngere Beamte häufiger als ältere Beamte, größere und schwerere Beamte häufiger als kleinere und leichtere Beamte. Zudem werden Beamte in Großstädten deutlich häufiger Opfer von Übergriffen; gleiches gilt für Beamte im Einsatz- und Streifendienst. Die Faktoren, die für diese Unterschiede verantwortlich sind, sind bislang noch nicht ausreichend untersucht. Es ist davon auszugehen, dass täter- und opferbezogene Faktoren ebenso eine Rolle spielen wie die Tatgelegenheiten, denen die eine Beamtengruppe seltener oder häufiger als die andere Beamtengruppe ausgesetzt ist. Bei den opferbezogenen Faktoren könnte es sich um bestimmte Kompetenzen handeln, die bei Beamten unterschiedlich stark ausgeprägt sein können, um Persönlichkeitseigenschaften (wie ein aufbrausendes Temperament oder ein ausgleichendes Wesen) oder um Erfahrungen und Wissensbestände. Unabhängig davon, ob es der wissenschaftlichen Forschung ermöglicht wird, hier stärker Licht ins Dunkel zu bringen, sollte es ein Ziel der Aus- und Fortbildung sein, für die unterschiedlichen Opferrisiken bestimmter Gruppen von Polizeibeamten zu sensibilisieren.

Gefahren gehen auch von anscheinend ungefährlichen Situationen aus.

Es sind nicht die häufig öffentlich diskutierten Einsätze im Rahmen von Demonstrationen oder Sportveranstaltungen, in denen die meisten Beamten derart verletzt werden, dass sie dienstunfähig werden. Stattdessen sind es die alltäglichen Aktivitäten wie Festnahmen,

Einsätze bei Streitigkeiten oder bei Störungen der öffentlichen Ordnung, bei denen am häufigsten Verletzungen festzustellen sind. Zudem belegen die Auswertungen, dass der Angriff für viele Beamte überraschend kam. Es gilt deshalb, auch in jenen Situationen und Momenten achtsam zu sein, die auf den ersten Blick keine Gefährdung erkennen lassen. Dies bedeutet u.a., dass Einsätze in bürgerlichen Wohngebieten ebenso riskant sein können wie Einsätze in eher problematischen Stadtteilen, Verkehrskontrollen können gefährlicher sein als Einsätze im Rotlichtmilieu; weibliche Täter können ebenso zuschlagen wie männliche Täter; in der eigenen Dienststelle ist mit Übergriffen genauso zu rechnen wie an anderen Orten, auch wenn der Konflikt zu diesem Zeitpunkt schon längst beendet scheint.

Weibliche Polizeibeamte wirken sich in spezifischen Situationen deeskalierend aus.

Möglicherweise vertreten derzeit manche männliche Polizeibeamte noch die Ansicht, dass Frauen für den Polizeidienst nicht oder nur eingeschränkt geeignet wären. Diesem Vorurteil kann mit den Ergebnissen der Befragung entgegen getreten werden. Jedenfalls für Einsätze bei häuslicher Gewalt zeigt sich, dass ein weiblicher Beamter das Risiko eines Zweier-Teams, verletzt zu werden, reduziert. Dies bedeutet nicht, dass Frauen im Einsatzteam ein Garant für einen Nicht-Angriff wären; andere Merkmale der Situation (z.B. alkoholisierte Täter) sind für einen Übergriff relevanter. Zudem wissen wir bislang nicht, wie weibliche Beamte in anderen Einsatzsituationen wirken. Aufgrund der Befunde kann aber gefolgert werden, dass weibliche Beamte eine Bereicherung und keine Belastung für die Polizei darstellen.

Vor dem Einsatz sollte versucht werden, alle verfügbaren Informationen zu den beteiligten Personen, wegen denen ein Einsatz erfolgt, einzuholen.

Bislang stehen den Beamten nur selten personenbezogene Informationen vor dem Einsatz zur Verfügung. Gleichzeitig ist dann eine geringere Dienstunfähigkeit zu konstatieren, wenn solche Informationen vorlagen. Es kann daher gefolgert werden, dass diese Informationen für die Beamten besonders hilfreich sind. Hierzu gehört, ob die Personen eine kriminelle Vorgeschichte haben, ob sie alkohol- oder drogenabhängig sind, ob psychische Störungen vorliegen, Bewaffnung zu erwarten ist usw. Da ein Großteil der Täter der Gewalt gegen Polizeibeamte vor dem Übergriff bereits polizeilich in Erscheinung getreten ist, dürften entsprechende Informationen vorhanden sein. Vor dem Einsatz sollten daher möglichst umfangreiche Informationen zu den Personen vor Ort vorliegen. Eine Voraussetzung dafür ist,

dass entsprechende Datenbanken existieren und beständig aktualisiert werden, was wiederum nicht allein Aufgabe des einzelnen Beamten ist.

Verbale Kommunikation ist eine wichtige Strategie, die hilft, die Folgen eines Übergriffs abzumildern.

Beamte, die im Vorfeld mit dem Täter kommuniziert haben, berichten seltener davon, sieben Tage und länger dienstunfähig gewesen zu sein als Beamte, die dies nicht taten. Durch das Sprechen scheint eine Beziehung zwischen den Beteiligten etabliert zu werden, die möglicherweise Hemmungen entstehen lässt, den Beamten schwer zu verletzen. Zudem können die Beamten durch eine vorherige Kommunikation einen Eindruck von dem aktuellen Zustand des Bürgers erhalten, wodurch sie die Situation besser einschätzen können. Denkbar ist, dass Kommunikation auch in jenen Einsätzen noch stärker eingesetzt wird, in denen dies bislang noch eher selten geschieht, bspw. bei Demonstrationen. Im Einklang damit steht auch der Einsatz sog. Anti-Konflikt-Teams bei Großveranstaltungen, die das Gespräch mit den Bürgern suchen, um Konflikten vorzubeugen. Zugleich dürfte Kommunikation auch an ihre Grenzen stoßen, nämlich dann, wenn der Gegenüber hierzu nicht bereit oder fähig ist (z. B. Alkoholisierung). Auf solche Einsätze könnten verstärkt durchgeführte Kommunikationstrainings, die sich auf spezifische Personengruppen richten, vorbereiten.

Schutzausstattungen und Führungs- und Einsatzmittel können Verletzungen reduzieren, weshalb das Tragen und Mitführen in jedem Fall anzuraten ist.

Das Tragen von Schutzausstattungen senkt die Wahrscheinlichkeit, dass die zu schützenden Körperpartien verletzt werden, wie die Beamten berichten. Dienstwaffe und Reizstoffsprühgerät haben fast alle Beamten, die während eines Einsatzes verletzt worden sind, dabei. Dass die Dienstwaffe nur in Ausnahmefällen eingesetzt wird, ist nachvollziehbar. Dass aber auch das Reizstoffsprühgerät nur selten benutzt wird, ist vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Einsatz nur sehr selten zu längerfristig nachteiligen Folgen führt, etwas überraschend. Zwar ergeben die Daten keinen Hinweis darauf, dass der Einsatz des Reizstoffsprühgerätes die Dauer der Dienstunfähigkeit senkt. Möglicherweise geschieht der Einsatz derzeit auch noch deutlich zu spät, d.h. nach erfolgtem Übergriff, so dass sich ein entsprechender Zusammenhang nicht auffinden lässt.

Prävention geschieht auch auf dem Weg der guten Nachsorge. Wenn Beamte Gewaltübergriffe erlebt haben, sollten sie daher darum bemüht sein, sich Hilfe bei der Bewältigung zu suchen.

Es ist leicht, zu bemängeln, dass Dienstherr und Vorgesetzte wenig tun, um den Beamten bei der Bewältigung der Übergriffserfahrung zu unterstützen. Jeder Beamte ist auch selbst dafür verantwortlich, sich für diese Aufgabe Unterstützung zu suchen. Die Polizei macht hierfür verschiedene Angebote, die derzeit noch sehr selten wahrgenommen werden. Zudem haben es die Kollegen selbst in der Hand, Einsätze und Übergriffe informell nachzubereiten. Wichtig erscheint, dass Beamte, die Übergriffe erlebt haben, darauf achten, ob sich dadurch Weltbilder und Selbstbilder verändern. Der Polizeialltag wird umso schwieriger zu meistern, je stärker sie der Ansicht sind, dass mit Straftätern unzureichend hart umgegangen wird oder dass die Polizei immer nur den Kopf für Fehler der Politik hinhalten muss. Es gilt, nach solch einschneidenden Erlebnissen verstärkt auf jene Momente im Polizeidienst zu achten, in denen positive Erfahrungen gemacht werden und insofern Selbstwirksamkeit erfahren werden kann.

Kollegen stellen wichtige soziale Ressourcen bei der Bewältigung von Opfererfahrungen dar.

Informelle Nachbereitungen außerhalb des Dienstes mit Kollegen werden nach Angaben der Beamten am hilfreichsten erlebt. Zugleich ist aber auch ein Rückgang dieser Form der Nachbereitung festzustellen. Mögliche Gründe dafür könnten mangelnde Sozialräume sein, in denen sich die Beamten nach Schichtende noch einmal zusammensetzen. Aber auch die Auflösung fester Strukturen durch bspw. bedarfsorientierte Schichtpläne erschwert die Bildung sozialer Beziehungen untereinander. Solche sozialen Netzwerke dienen aber als wichtige Ressource: Je besser die Kollegen sich untereinander kennen, desto geringer ist die Hemmschwelle, eigene Probleme z. B. infolge eines Einsatzes anzusprechen. Verändert sich ein Beamter aufgrund belastender Erlebnisse, so kann dies von nahestehenden Kollegen erkannt und entsprechend frühzeitig reagiert werden. Anzuraten wäre es, durch gemeinsame Aktivitäten (z.B. Sport) kollegiale Beziehungen zu fördern. Die Initiative kann dabei von jedem einzelnen Beamten ergriffen werden, wobei der Dienstherr/ Vorgesetzte idealerweise solche Bemühungen unterstützen sollte. Dies kann schon die Bereitstellung von entsprechenden Räumlichkeiten sein.

Folgerungen für den Dienstherrn bzw. Vorgesetzten

Für die Einsätze im Rahmen von Demonstrationen wie im Rahmen von häuslicher Gewalt haben sich verschiedene Besonderheiten ergeben. Eine verbesserte Vor-, z. T. auch Nachbereitung dieser Einsätze scheint daher geboten.

Bei Demonstrationen begegnet den Polizeibeamten heute häufiger als früher ein hohes Gewaltpotenzial, was dadurch zum Ausdruck kommt, dass die Täter mit Waffen vorgehen, aus einem Motiv der Feindschaft gegenüber Polizei und Staat heraus handeln, häufiger in Tötungsabsicht handeln und häufiger die Beamten in Hinterhalte locken. Hieraus resultieren besondere psychische Belastungen für die Beamten. Bei Familienstreitigkeiten wiederum sind die Beamten mit einer besonderen, emotional sehr aufgeladenen Atmosphäre konfrontiert, so dass nicht überrascht, dass es hier am häufigsten zu Auseinandersetzungen kommt, bei denen mehrere Beamte verletzt werden. Die Strategie des Kommunizierens mit dem Täter wird hier zwar häufig praktiziert, führt aber anscheinend nicht zum gewünschten Ergebnis. Zugleich werden die Einsätze bei familiären Streitigkeiten bislang noch am seltensten nachbereitet. All diese Befunde signalisieren, dass ein Bedarf besteht, diese Einsatzsituationen noch stärker in den Aus- und Fortbildungen zu behandeln.

Der Leitfaden zur Eigensicherung sollte auf seine Praxistauglichkeit unter veränderten Umständen (u. a. Täterverhalten) geprüft und gegebenenfalls überarbeitet werden.

Es stimmt nachdenklich, wenn über ein Drittel bis die Hälfte der Beamten, die Opfer eines Gewaltübergriffs mit nachfolgender Dienstunfähigkeit geworden sind, dem Leitfaden eine (eher) schlechte Praxistauglichkeit attestieren bzw. wenn mehr als die Hälfte dieser Beamten der Ansicht ist, dass sie sich in der konkreten Situation des Übergriffs nicht an diesen halten konnten. Dieser Anteil ist seit 2000 zudem deutlich angestiegen. Die Befunde weisen darauf hin, dass der Leitfaden unter veränderten Umständen in Teilen nicht mehr zeitgemäß sein könnte. Dass die Richtlinien am häufigsten bei Demonstrationen nicht eingehalten werden konnte, ist ein weiteres Indiz für diese Annahme. Allerdings ist auch zu bedenken, dass der Leitfaden nicht beanspruchen kann, Viktimisierungen in jeglichen Situationen zu verhindern. Er beinhaltet allgemeine Prinzipien, die für die Eigensicherung zentral sind. Möglicherweise wäre es sinnvoll, den Leitfaden mit Beamten, die Opfer von Gewalt geworden sind sowie mit Ausbildern zu diskutieren und eventuelle Schwachstellen offen zu legen.

Verletzungen im Nacken-, Hals-, Schulter- und Rückenbereich sind besonders folgenreich. Ein besserer Schutz dieser Bereiche wäre wünschenswert.

Verletzungen im Nacken-, Hals-, Schulter- und Rückenbereich werden am dritthäufigsten von Beamten berichtet, die Übergriffe mit nachfolgender Dienstunfähigkeit erlebt haben. Diese Verletzungen führen recht häufig zu längeren Dienstunfähigkeitsdauern sowie zu psychischen Beschwerden. Vorhandene Schutzausstattungen helfen nur bedingt, diese Bereiche zu schützen bzw. sind, wie die Körperschutzausstattungen, für alltägliche Einsätze bspw. bei Familienstreitigkeiten eher ungeeignet. Wünschenswert wäre die Entwicklung einer Schutzausstattung, die Hals, Schultern und Rücken sichert, ohne dabei die Bewegungen allzu sehr einzuschränken.

Die Nachbereitung von Gewaltübergriffen sollte stärker als bisher durch den Dienstherrn bzw. Vorgesetzten gefördert werden.

Es ist an dieser Stelle noch einmal daran zu erinnern, dass nur jene Beamten zur Häufigkeit von Nachbereitungen gefragt wurden, die einen Übergriff erlebt haben, der zu mindestens einem Tag Dienstunfähigkeit geführt hat. Es handelt sich also nicht um leichte Übergriffe, die einem Beamten zugestoßen sind, sondern um ernstzunehmende Angriffe und Verletzungen. Nur in etwas über der Hälfte dieser Fälle hat eine Nachbereitung unter Beteiligung des angegriffenen Beamten stattgefunden. D.h. nur bei etwa jedem zweiten Übergriff wird über eventuelle Einsatz- und Verhaltensfehler diskutiert und daraus für zukünftige Einsätze gelernt. Wenn dies geschieht, dann auch am seltensten auf Initiative des Vorgesetzten hin. Fand keine Nachbereitung statt, wird dies in drei Fünftel der Fälle gewünscht. Es kann daher nicht überraschen, dass die Mehrheit der Beamten dem Dienstherrn ein schlechtes Zeugnis bzgl. der Fürsorge ausstellt. Besondere Unterstützung benötigen insbesondere jene Beamten, die im Nachgang des Übergriffs auch noch mit rechtlichen Konsequenzen konfrontiert sind, gegen die also Strafanzeige gestellt wird oder gegen die ein Disziplinarverfahren geführt wird. Die zusätzliche Belastung, die hierdurch entsteht, dürfte vielfach noch nicht bekannt sein.

Die Inanspruchnahme eines Kriseninterventionsdienstes oder einer Therapie könnte durch eine Initiative dieser Institutionen verbessert werden.

Einen Monat nach dem Übergriff litt immer noch ein substanzieller Anteil der Beamten unter Schlafstörungen oder unter Problemen im sozialen Kontakt. Die Übergriffe beeinträchtigen und beschäftigen die Beamten also z.T. langfristig. Dennoch nehmen nur wenige von Gewalt betroffene Beamte polizeiinterne oder –externe Hilfsangebote in Anspruch. Wenn dies der Fall war, dann nach Angaben der Betroffenen am häufigsten durch eigene Initiative. Möglicherweise wäre es sinnvoll, wenn solche Institutionen nach Kenntnis eines Übergriffs auf den betroffenen Beamten zugehen würden, um diesem bei Bedarf Unterstützung anzubieten. Dies könnte zu einer höheren Akzeptanz der Hilfsangebote führen. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass genügend Kapazitäten vorhanden sind, um dem Beamten auch unmittelbar Hilfe zukommen lassen zu können.

In den Dienststellen sollte es in verstärktem Maße Möglichkeiten des offenen Ansprechens von Verhaltensfehlern geben, der eigenen Fehler ebenso wie der Fehler von Kollegen und Vorgesetzten. Zudem erscheint es sinnvoll, ein den Dienststellen übergeordnetes Beschwerdemanagement einzurichten.

Fehler passieren in jedem Berufsalltag. Organisationen sollten aus diesen Fehlern lernen und den offenen Umgang mit Fehlern fördern. Unseren Ergebnissen zufolge werden eigene Verhaltensfehler von nur wenigen Beamten gesehen. Noch deutlich seltener wird das Verhalten der Kollegen beim Übergriff kritisiert, möglicherweise weil negative Konsequenzen daraus erwachsen könnten. Es erscheint sinnvoll, dass die Polizei sich externe Expertise dazu einholt, wie eine effektive Diskussion über Fehler, die auch die Kritik an den Vorgesetzten einschließt, organisiert werden kann. Zu einer umfassenden Aufbereitung von Gewaltvorfällen gehört auch die Auseinandersetzung mit den Erfahrungen und Sichtweisen der betroffenen Bürger. Hierzu erscheint es hilfreich zu sein, ein den Dienststellen übergeordnetes Beschwerdemanagement einzurichten. Die dort tätigen Beamten könnten im Vergleich zur gegenwärtigen Praxis, ihre Ermittlungsarbeit aus einer unabhängigeren Position heraus durchführen.

Der Wunsch der Beamten nach Fortbildung sollte respektiert werden. Zugleich sollte die Wirkung der Teilnahme an Fortbildungen stärker als bisher evaluiert werden.

Viele Beamten wünschen sich Fortbildungen in verschiedenen Bereichen. Ihnen zumindest in Teilen diese Möglichkeiten einzuräumen, dürfte für die berufliche Bindung von hoher Bedeutung sein. Vor allem Einsatz- und Streifendienstbeamten sowie jüngeren Beamten sollten entsprechende Möglichkeiten geboten werden. Zwei Punkte sind mit Blick auf die Fortbildungen zusätzlich wichtig: Erstens erscheint es notwendig, neue, auf bestimmte Tätergruppen und Einsatzsituationen fokussierte Fortbildungen zu entwickeln. Erwähnt wurden bereits die Situationen der Demonstration und der Familienstreitigkeit. Alkoholisierte Täter stellen zusätzlich eine eigenständige Herausforderung für die Beamten dar. Zweitens ist es notwendig, die Fortbildungen und Trainings zu evaluieren. Die bisher durchgeführten Analysen zeigen, dass Deeskalationstrainings und auch andere Maßnahmen nicht mit einem verringerten Opferrisiko einhergehen. Dies könnte, neben anderen Erklärungen, auch an den Inhalten dieser Trainings liegen. Die Polizei sollte darum bemüht sein, dass die angebotenen Trainings und Fortbildungen tatsächlich dem anvisierten Ziel dienen.

Das Angebot an Fortbildungen zum Thema Gewalterfahrungen und deren Bewältigung sollte ausgeweitet werden.

Von allen befragten Polizeibeamten hat etwa jeder achte innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren mindestens einen Gewaltübergriff mit Dienstunfähigkeit erlebt; d.h. jeder Beamte, der etwa vierzig Jahre im Dienst ist, wird im Durchschnitt mindestens einmal Opfer eines solchen Übergriffs. Weniger schwere Gewalterfahrungen finden sogar wiederholt im Dienstleben statt. Viktimisierung ist somit ein Thema, das (fast) jeden Polizeibeamten betrifft. Deshalb sollten verstärkt zu diesem Bereich Fortbildungen stattfinden. Insbesondere Beamte, die bereits länger im Dienst sind, könnten hiervon profitieren. Solche Fortbildungsmaßnahmen sollten nicht auf den Zeitraum der Ausbildung beschränkt werden, sondern auch danach angeboten werden. Ziel könnte es sein, neben der Vermittlung von allgemeinen Risikofaktoren, die die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs erhöhen, mögliche Folgen einer Gewalterfahrung sowie geeignete Bewältigungsstrategien anzusprechen. Das Wissen darum, welche Symptome bspw. mit einer Posttraumatischen Belastungsstörung einhergehen, erlaubt es dem Beamten frühzeitig, Hilfe zu suchen. Zudem könnten durch entsprechende Fortbildungen Hemmungen abgebaut werden, professionelle Hilfe oder anderer Unterstützungsangebote in Anspruch zu nehmen.

Allgemein gesellschaftliche Folgerungen

Das Bild der Polizeibeamten sollte durch geeignete Maßnahmen in der Öffentlichkeit, insbesondere aber in verschiedenen Migrantengruppen, verbessert werden.

Täter aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie Täter aus islamisch geprägten Ländern stellen die Mehrzahl der Täter mit Migrationshintergrund. Dies ist z.T. darauf zurückzuführen, dass Polizisten in diesen Kulturkreisen ein geringes Ansehen haben, weil sie z. T. korrupt oder gewalttätig sind. Polizeibeamte in Deutschland weichen von diesem Bild deutlich ab. Dies gilt es, den Migranten zu vermitteln. Durch verschiedene Maßnahmen sollte aber auch unter Kindern und Jugendlichen ein positiveres Polizeibild etabliert werden. Die Polizei kann hierzu selbst einen Beitrag leisten, so u. a. dadurch, dass mehr Polizeibeamte mit Migrationshintergrund eingestellt werden oder dass Polizeibeamte engen Kontakt zu Grund- und weiterführenden Schulen halten. Andere Maßnahmen wie Broschüren, Informationstage, direkten Bürgerkontakt usw. dürften hierfür ebenfalls einen Beitrag leisten. Zusätzlich sollten zentrale, relevante gesellschaftliche Akteure der Polizei ihr Vertrauen aussprechen.

Ein Vertrauensbeweis von Seiten der Politik bzw. der Gerichte wäre, dass die Täter von Gewalt gegen Polizeibeamte mindestens genau so bestraft werden wie andere Gewalttäter.

Zwar wird bislang gegen neun von zehn Tätern ein Strafverfahren geführt. In jedem dritten Fall werden diese Verfahren aber eingestellt, d.h. eine Bestrafung des Täters bleibt aus. Dies ist für die Beamten fast nie nachvollziehbar; der Großteil der Opfer bewertet diesen Schritt als falsch. Im Prozess der Strafverfolgung müssen Polizeibeamte genauso ihr Recht erhalten wie andere Gewaltopfer; d.h. einem Beamten darf vor Gericht kein Nachteil daraus entstehen, dass er Polizeibeamter ist und Gewalt quasi zu seinem Berufsalltag gehört. Darüber hinaus spricht viel dafür, dass Personen, die Polizeibeamte angreifen, im Prinzip härter zu bestrafen sind als andere Gewalttäter, weil sie Menschen angreifen, die qua ihres staatlichen Auftrages dazu verpflichtet sind, in Notlagen einzugreifen und anderen Menschen zu helfen. Helfer anzugreifen begründet aber eine besondere Schwere der Tat.

Die Prävention von Alkoholkonsum ist noch weiter zu intensivieren.

Die Gewalt begünstigende Wirkung des Alkoholkonsums ist unbestritten. Polizeibeamte sind hiervon genauso betroffen wie andere Bürger. Die Prävention von Alkoholkonsum geschieht

bislang auf verschiedenen Wegen. Aufklärungskampagnen werden hierfür genauso eingesetzt wie Verkaufsverbote oder Preiserhöhungen. Für Jugendliche sind einige dieser Präventionsstrategien wirksam. Ein Problem ist, dass bei der Gewalt gegen Polizeibeamte auch häufig Heranwachsende oder Erwachsene als Täter in Erscheinung treten. Diese Konsumentengruppen mit Alkoholpräventionsmaßnahmen zu erreichen, sollte ein Ziel der zukünftigen Arbeit in diesem Bereich sein. Ein effektiver Weg wäre dabei ein weitestgehendes Werbeverbot für alkoholische Getränke.

Gesellschaftlichen Polarisierungstendenzen als eine mögliche Ursache für die Zunahme von Gewalt gegen Polizeibeamte sollte entgegen getreten werden.

Übergriffe gegen Polizeibeamte, die zu Dienstunfähigkeit geführt haben, haben zwischen 2005 und 2009 zugenommen. Betrachten wir die Entwicklung der Gewaltkriminalität im Allgemeinen, also nicht bezogen auf Polizeibeamte, so ist seit 2007 eine Abnahme in der Polizeilichen Kriminalstatistik festzustellen; im Dunkelfeld sind bereits früher Rückgänge zu verzeichnen. Gesamtgesellschaftlich ist also nicht generell von einer zunehmenden Gewaltbereitschaft auszugehen. Die Vermutung liegt nahe, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen für den Anstieg der Gewalt gegen Beamte verantwortlich sind. Diese Gruppen sind möglicherweise ein Ergebnis zunehmender Polarisierungstendenzen in der Gesellschaft. Polarisierung bedeutet, dass sich die Bevölkerung einer Gesellschaft in sich gegenüber stehende Gruppen teilt, i.d.R. entlang der Dimension des Einkommens bzw. des Vermögens. Es bilden sich einkommensarme Milieus, die sich von den die bundesdeutsche Gesellschaft konstituierenden Normen und Werten entfremden. In diesen Milieus ist der Gewalteinsatz eine Strategie, um sich Anerkennung zu verschaffen. Der Einsatz von Gewalt gegen Polizeibeamte wird in diesen Milieus vielfach als legitimes Verhalten betrachtet. Zum Teil werden Konflikte mit den Beamten aktiv gesucht. Diese Polarisierungstendenzen sind nicht nur mit Blick auf Einkommen und Vermögen zu beobachten, sondern auch mit Blick auf politische Einstellungen (Links-Rechts) oder mit Blick auf Einheimische und Migranten. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, solchen Polarisierungstendenzen entgegen zu treten. Die Polizei allein kann dieses Problem nicht lösen.